

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
191 · Ausgabe SO · November 2020

SP

Die sozialdemokratische Politik im Kanton Solothurn trägt Früchte

Der kantonale Wahlkampf steht vor der Tür und erinnert mich daran, dass ich tatsächlich schon bald vier Jahre im Amt bin. Bereits vor Corona und erst recht seit Corona kann ich mich nicht über einen Mangel an Arbeit und täglichen Herausforderungen beklagen. Seit Februar stellt die Epidemie eine grosse Belastungsprobe für das Gesundheitswesen und für die Verwaltung dar. Wir haben unzählige Verfügungen, Merkblätter verfasst, Gespräche, Sitzungen, telefonische Beratungen, Webinare etc. durchgeführt.

Doch die tägliche Knochenarbeit, all die Diskussionen, Gespräche, Entscheide, das Entgegennehmen und Ernstnehmen von Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern, der Umgang mit den Gemeinden, den Verbänden, den persönlich Betroffenen – dies alles sorgt natürlich nicht für Schlagzeilen. Die sind echten oder vermeintlichen Skandalen vorbehalten. Jede Politikerin, jeder Politiker sollte sich heute früh in seiner Laufbahn daran gewöhnen. Aber für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tut es mir immer wieder leid, dass ihre Arbeit so wenig gewürdigt wird.

Neben dem Tagesgeschäft haben wir im DdI in den vergangenen mehr als 3 Jahren einige zentrale Verbesserungen für die Menschen im Kanton Solothurn erreichen können.

Nachfolgend einige Stichworte zu bisherigen Tätigkeiten:

- Änderung des Gesundheitsgesetzes mit Verbesserung der PatientInnenrechte
- Palliativecare-Konzept und Umsetzung im Kanton
- Krebsregister, Mammografie-Screening
- Förderung Hausarztmedizin (Praxisassistentenmodell ausgebaut)
- Restkostenfinanzierung ambulante Pflege seit 2019 gesetzlich geregelt (entgegen allen Unkenrufen, auch für die freischaffenden Pflegefachfrauen)
- verschiedene Änderungen des Sozialgesetzes erfolgreich umgesetzt
- das wichtigste Geschäft der Legislatur trotz Widerständen zum Erfolg gebracht: **Die Aufgaben- und Kostenentflechtung zwischen Gemeinden und Kanton in den Bereichen Alter und Behinderung.** Da der Kanton nun im Bereich Behinderung vollumfänglich zuständig ist, werde ich alles daransetzen, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen.
- **Krankenkassen-Prämienverbilligung:** Verlustscheine entkoppelt und mehr Mittel für die effektive Prämienverbilligung freigemacht, schwarze Liste abgeschafft. In Sachen Prämienverbilligung sind mir weitere Verbesserungen ein grosses Anliegen.
- familienergänzende Kinderbetreuung in den Gemeinden besser verankert. Hier muss in nächster Zeit, Corona hat's nochmals vor

Augen geführt, eine gesicherte Finanzierung des Angebotes das Ziel sein. Das Betreuungsangebot soll für alle erschwinglich sein.

■ **Gewaltpräventionsprogramm** verabschiedet, Massnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention installiert, Beratungsstelle Gewalt als Pilotprojekt seit Herbst 19 und mit Revision des Justizvollzugsgesetzes definitiv verankert.

■ In Zusammenarbeit mit Gemeinden und den betroffenen Departementen wurde das **integrale Integrationsmodell** entwickelt, das demnächst vom Regierungsrat verabschiedet werden soll. Integration aller Integrationsbedürftigen, unabhängig von Status und Nationalität, in den Regelstrukturen als Ziel.

Es gäbe natürlich noch mehr zu erwähnen, wie zum Beispiel das Swisslosfondsgesetz, die Revision des Justizvollzugsgesetzes oder die Änderung des Polizeigesetzes.

Die gesundheits- und sozialpolitischen Erfolge vor allem auch im Kantonsrat der vergangenen dreieinhalb Jahre zeigen, dass der Dialog im Regierungs- und Kantonsrat gelingt und die sozialdemokratische Politik im Kanton Solothurn Früchte trägt, trotz unserer Position als Minderheit in der Regierung und auch im Kantonsrat. Darauf können wir stolz sein.

Susanne Schaffner, Regierungsrätin und Vorsteherin des Departements des Innern (DdI)
susanne.schaffner@ddi.so.ch

ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2020

Das kantonale Polizeigesetz erhitzt die Gemüter – hüben wie drüben

Am 29. November stimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Kanton Solothurn über das angepasste kantonale Polizeigesetz ab. Die Anpassung des Gesetzes war notwendig, weil neue Vorgaben des Bundes umgesetzt werden müssen (z. B. die Verlängerung der Polizeiausbildung) und weil darin zeitgemässe Instrumente zur Verhinderung von Straftaten verankert respektive geregelt werden. Der Kantonsrat hat in der Maisession dieser Gesetzesänderung mit grosser Mehrheit zugestimmt. Gegen diesen Beschluss haben die Jungparteien (junge SP Region Olten, JUSO, Jungfreisinnige, die junge SVP) sowie einzelne Vertreter*innen von SVP und FDP das Referendum ergriffen. Die dafür notwendigen Unterschriften wurden innert der dafür gesetzten Frist gesammelt. Die Mehrheit der Fraktion SP/junge SP, der Geschäftsleitung und der Delegierten stimmten der Gesetzesänderung zu. Am Parteitag wurde mit 43:15 Stimmen die JA-Parole beschlossen. In dieser Ausgabe wollen wir sowohl die Polizeidirektorin als auch Pro und Kontra zu Wort kommen lassen.

«Mit der verdeckten Fahndung und der verdeckten Vorermittlung sollen schwere Verbrechen wie Menschenhandel, Kindsmissbrauch, Drogenhandel usw. verhindert werden.»

Nadine Vögeli



Das sagt die Polizeidirektorin ...

Wenn ich in der Rolle als Solothurner Polizeidirektorin in der Schweiz unterwegs bin, stelle ich immer wieder fest, welch guten Ruf unser Polizeikorps gerade in Fachkreisen geniesst. Das deckt sich übrigens auch mit meiner Erfahrung, die ich in meiner Zeit als Anwältin gemacht hatte. Die Solothurner Polizei handelt verhältnismässig und mit Augenmass. Das macht es für mich leicht, mich mit voller Überzeugung für das angepasste Polizeigesetz einzusetzen. Für Diskussionen sorgen einige wenige Punkte in der Vorlage. Dabei geht es vor allem um Instrumente, die dazu dienen sollen, Straftaten zu verhindern. Konkret geht es um die verdeckte Fahndung und die verdeckte Vorermittlung, Instrumente, die sich in anderen Kantonen bewährt haben. Im Solothurner Gesetz sind die Bedingungen, unter denen diese Instrumente eingesetzt werden können, klar und in Übereinstimmung mit rechtsstaatlichen Prinzipien geregelt. Auch die entsprechenden Kontrollmechanismen sind gesetzlich verankert. Ich hoffe, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 29. November 2020, wie zuvor die Regierung und das Parlament, dem angepassten Polizeigesetz zustimmen werden, damit auch die Solothurner Polizei mit zeitgemässen Instrumenten Verbrechen rechtzeitig verhindern und die Sicherheit in unserem Kanton gewährleisten kann.

Susanne Schaffner, Regierungsrätin und Vorsteherin des Departements des Innern
susanne.schaffner@ddi.so.ch



... die Verbandspräsidentin ...

Wollen wir verhindern, dass Menschen Opfer von schweren Straftaten werden? Falls ja, müssen wir der Polizei die geeigneten Instrumente zur Verfügung stellen, damit sie ihre primäre Aufgabe, Straftaten zu verhindern, wahrnehmen kann. Mit der verdeckten Fahndung und der verdeckten Vorermittlung sollen schwere Verbrechen wie Menschenhandel, Kindsmissbrauch, Drogenhandel usw. verhindert werden. Ereignisse, mit denen der «unbescholtene Bürger» gar nie in Kontakt kommt, es sei denn, als Opfer. Männer, die Minderjährige in Chats zu einem Treffen überreden wollen, um sie dann zu missbrauchen, machen das nicht auf öffentlichen Seiten, sondern in geschlossenen Chaträumen. Dort hat die Polizei bis jetzt keine Möglichkeit, eine verdeckte Fahndung durchzuführen, sich z.B. als Anna 14 auszugeben, um dann den potenziellen Täter in der realen Welt abzufangen. Auch grosse Drogengeschäfte oder Menschenhandel finden nicht auf offener Strasse statt, sondern in einer privaten Umgebung. Mit der vom Gericht anzuordnenden verdeckten Vorermittlung kann die Polizei sich unter falscher Identität Zugang zu solchen Organisationen verschaffen und schlimmste Verbrechen verhindern. Mit dem angepassten Polizeigesetz werden moderne und rechtsstaatliche Instrumente eingeführt, welche nicht unbescholtene Bürgerinnen und Bürger betreffen. Den Menschen, die schwere Verbrechen verüben wollen, verdirbt es aber das Geschäft. Und das ist richtig so!

Mehr Sicherheit mit Augenmass für uns alle, deshalb JA zum Polizeigesetz!

Nadine Vögeli, Präsidentin Verband solothurnischer Kantonaler Polizei-Beamten, Kantonsrätin SP, Hägendorf nadine.voegeli@gmx.net



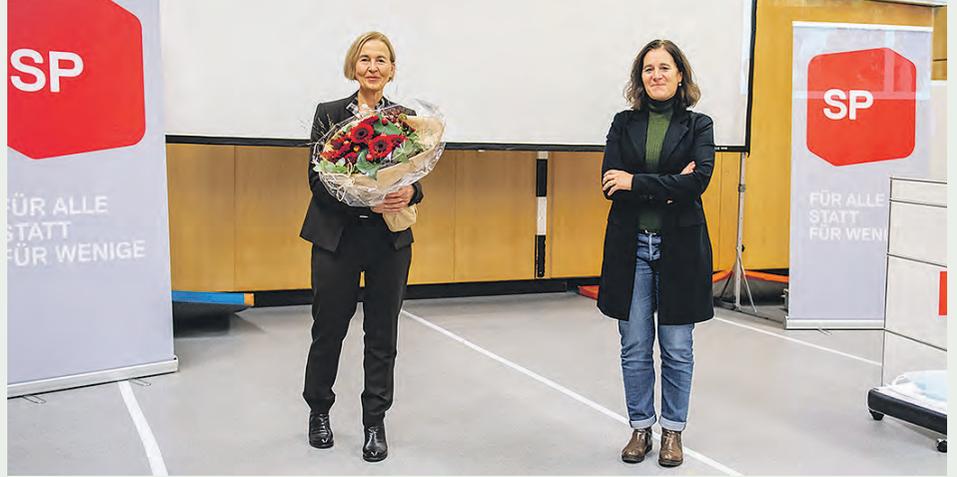
... und die NEIN-Stimme in der Fraktion

Das neue Polizeigesetz verspricht durch neue und angepasste präventive Massnahmen, einen besseren Opferschutz gewährleisten zu können und kriminelle Taten zu verhindern, bevor sie verübt werden. Diesem Wunsch kann sich auch das linke Referendumskomitee anschliessen – denn auch uns ist es wichtig, dass die Polizei Möglichkeiten hat, offensichtlich geplante Straftaten wenn möglich zu verhindern. Diese Massnahmen und deren Anordnung sollen aber unseren hohen rechtsstaatlichen Grundsätzen, dem Datenschutz und der Gewaltenteilung entsprechen.

Leider steckt bei dieser Vorlage der Teufel im Detail. Der Polizei werden Mittel in die Hand gegeben, dass sie verdeckt einem Tatverdacht oder «konkreten» Anhaltspunkten dazu nachgehen kann. Während dem Datenschutz im Gesetz viel Bedeutung beigemessen wird, orten wir bei der Gewaltenteilung Probleme: Beim neu einzuführenden Instrument der verdeckten Fahndung wird auf eine richterliche Kontrolle auf Verhältnis- und Rechtmässigkeit verzichtet, ausser die Massnahme dauert länger als einen Monat – erst dann muss bei ihrer Weiterführung eine Genehmigung beim Haftgericht eingeholt werden, wie es bei der verdeckten Observation leider bereits der Fall ist. Zum Vergleich: Bei der verdeckten Vorermittlung muss eine solche Genehmigung spätestens 24 Stunden nach deren Anordnung eingeholt werden. Hier verbirgt sich ein Missbrauchspotenzial, welches wir nicht in unser Gesetz schreiben sollten.

Es ist wichtig, dass auch die Polizei als Institution der Exekutive von der richterlichen Gewalt kontrolliert wird. Um diesen systematischen Fehler zu beheben, braucht es ein Nein an der Urne.

Simon Gomm, Kantonsrat junge SP
simon.gomm@gmx.ch



PARTEITAG VOM 21. OKTOBER 2020

Regierungsrätin Susanne Schaffner für die Wahlen vom 7. März 2021 nominiert

Der kantonale Parteitag stand ganz im Zeichen der Nomination für die Regierungsratswahlen und der kantonalen Abstimmungsvorlage zum Polizeigesetz (siehe Pro und Kontra in dieser Ausgabe).

SP Zuchwil: grosser Leistungsausweis

Nicht ohne Stolz begrüsst **Gilbert Ambühl** als Co-Geschäftsleiter der SP Zuchwil die Mitglieder zum kantonalen Parteitag. 2020 ist ein grosses Jubiläumsjahr für die SP Zuchwil: seit 50 Jahren besetzt die SP das Gemeindepräsidium. Zudem gibt es die erfolgreiche Rezertifizierung als Energiestadt mit Gold Label zu feiern. Das sind stolze Leistungen!

Susanne Schaffner, unsere starke Regierungsrätin

Parteipräsidentin **Franziska Roth** zeigte in ihrer engagierten Eröffnungsrede mit mehreren Beispielen auf: «Es lohnt sich für Solidarität und Gerechtigkeit zu kämpfen.» Damit forderte sie alle Mitglieder zur Unterstützung und Mobilisierung bei den Kantons- und Regierungsratswahlen auf: Es braucht alle für erfolgreiche Wahlen. Roth freute sich auf die Nomination: «Susanne Schaffner ist eine sehr engagierte Regierungsrätin mit hoher Dossierkenntnis. Gerade in schwierigen Zeiten, wie aktuell mit der Pandemie, brauchen wir eine starke Persönlichkeit.»

Schaffner: Engagement für die Menschen

In ihrer Rede blickte **Susanne Schaffner** zurück und hielt schmunzelnd fest: «Bis ich das Regierungsamtsamt antrat, dachte ich, es sei die schönste Sache der Welt, Anwältin zu sein. Das ist heute anders: Die Aufgabe als Exekutivpolitikerin gefällt mir sehr.» Es ist sehr viel passiert in ihren ersten vier Jahren als Regierungsrätin. Sie zählte die vielen Geschäfte auf, die sie bereits in ihrer ersten Legislatur zum Abschluss brachte, wobei

sie auch schweizweit Pionierarbeit geleistet hat. Es motivierte sie als Regierungsrätin insbesondere, Verantwortung für Menschen übernehmen zu können. Gerade in der Pandemie, die für die öffentliche Verwaltung eine grosse Aufgabe ist. Schaffner freut sich auf die vielen weiteren gesundheits- und sozialpolitischen Themen, die sie in ihrer zweiten Amtsperiode gerne anpacken würde. Mit grossem Applaus wurde Susanne Schaffner nominiert.

JA zur Kriegsgeschäfte-Initiative

Nationalrätin **Franziska Roth** informierte über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten». Kriege und bewaffnete Konflikte wüten überall auf der Welt, auch wenn kaum darüber medial berichtet wird. Die stetig steigenden Umsätze der Rüstungsindustrie zeigen: Das Geschäft mit dem Tod floriert. Jedes Jahr fliessen Milliarden Schweizer Franken in internationale Rüstungskonzerne. Für Roth ist klar: «Hier setzt die Kriegsgeschäfte-Initiative an: Unser Geld soll so eingesetzt werden, dass es Menschen nicht länger schadet.» Die SP sagte einstimmig JA.

JA zur Konzernverantwortungs-Initiative

Für die SP steht fest: Wer einen Schaden anrichtet, muss dafür geradestehen. Konzerne mit Sitz in der Schweiz müssen daher für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden, die sie im Ausland verursachen, haften. Die meisten Konzerne halten sich an die Regeln. Einige skrupellose Konzerne setzen sich jedoch über Umweltstandards hinweg und ignorieren Menschenrechte. Sie verschaffen sich Konkurrenzvorteile durch Verantwortungslosigkeit. Die sagte einstimmig JA zur Initiative.

Simon Bürki-Kopp, Kantonsrat aus Biberist
simon-buerki@bluewin.ch

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben für die Abstimmung vom 29. November folgende Parolen gefasst:

KANTONALE VORLAGEN

- JA zur «Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei»

NATIONALE VORLAGEN

- JA zur Konzernverantwortungs-Initiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Menschen und Umwelt»
- JA zur Kriegsgeschäfte-Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und dass Sie an der Abstimmung teilnehmen. | www.sp-so.ch

JETZT mitglied-werden.sp-ps.ch



Sicherheit mit Augenmass

JA

zum kantonalen Polizeigesetz

29. November 2020
www.ja-zum-polizeigesetz.ch

Prämienverbilligung – jetzt nötiger denn je

Alle Jahre wieder, das ist inzwischen der «Slogan» für die Debatte zur Prämienverbilligung. Dieses Jahr erhält sie eine ungewollte Aktualität. Die Corona-Krise hat viele Menschen in finanzielle Notlage gebracht. Menschen, die bis jetzt, wenn auch knapp, doch über die Runden kamen und nun mit Kurzarbeit oder Arbeitsverlust die finanzielle Last nicht mehr stemmen können. In meinem Arbeitsalltag treffe ich genau auf diese Menschen. Viele von ihnen konnten bis vor der Krise ihr Leben finanzieren, oft auch dank der Prämienverbilligung. Das Prämienverbilligungsmodell ist eines der am schnellsten und wirksamsten Mittel der finanziellen Entlastung. Es entlastet das Budget von Familien mit Kindern, jungen Menschen im Studium oder in der Berufsausbildung, von Rentnerinnen und Rentnern mit

geringem oder knapp genügendem Einkommen wirksam. Die Krankenkassenprämien steigen seit Jahren an, in letzter Zeit etwas weniger stark, aber immer noch auf einem hohen Niveau, und es ist keine Entspannung in Sicht. Diese Erhöhung trifft alle, vor allem aber diejenigen, welche nur über ein kleines Budget verfügen. Umso wichtiger ist da eben die Entlastung mittels Prämienverbilligung. Rund ein Viertel der Schweizer Bevölkerung bezieht diese. Das zeigt das Monitoring vom BAG zur Prämienverbilligung. Dieses Monitoring zeigt auch, dass im Kanton Solothurn die Prämienbelastung im Schnitt bei über 14 Prozent des verfügbaren Einkommens liegt und dass Familien mit Kindern am stärksten betroffen sind, darunter vor allem die Alleinerziehenden. Diese Zahlen geben zu denken. Wenn wir die Mittel für

MEIN STANDPUNKT

Luzia Stocker
Kantonsrätin aus Olten
luzia.stocker@bluewin.ch



die Prämienverbilligung nicht in ausreichendem Masse zur Verfügung stellen, kann das Modell nicht wirken und wir als Gesellschaft werden mit den Folgen konfrontiert sein. Deshalb ist eine substanzielle Erhöhung des Kantonsbeitrages nun dringend nötig. Die Debatte im Dezember wird zeigen, wie gross die Solidarität der Politikerinnen und Politiker im Kantonsrat mit den Menschen mit tiefen Einkommen ist. Wir von der SP-Fraktion werden uns dafür starkmachen.